

Wirtschaft

28. OKTOBER 2012
SonntagsZeitung

AIRLINE HELLO Die fragwürdige Rolle von Moritz Suter

SEITE 56

GEGEN EINKAUFSTOURISMUS Die überraschende Rolle des Schweizer Botschafters

SEITE 57

55

UBS: Kengeter soll aufs Abstellgleis

Insider reden sogar
von Abgang

ZÜRICH/NEW YORK Fast genau ein Jahr nach seiner definitiven Ernennung zum UBS-CEO holt Sergio Ermotti zum Kahlschlag aus: Die Investment Bank soll massiv verkleinert werden – bis zu 10 000 Stellen könnten der Reform zum Opfer fallen.

Die «Financial Times» berichtete gestern, dass sich die Bank aus weiten Teilen des Geschäfts mit festverzinslichen Wertpapieren verabschieden wolle. Diese sollen in eine eigene Einheit unter der Leitung von Carsten Kengeter, des Co-Chefs der Investment Bank, verlagert und in den nächsten Jahren liquidiert werden.

Die UBS wollte den Zeitungsbericht nicht kommentieren und verwies auf die Medienkonferenz zum Quartalsergebnis am kommenden Dienstag. Gemäss Informationen der SonntagsZeitung ist fraglich, ob Kengeter den Job übernimmt. Der Deutsche ist durch den Fall Adoboli geschwächt, schon am Dienstag könnte sein Abgang bekannt werden, sagen UBS-Insider. Ein Wechsel im Topmanagement sei bei derart heftigen Einschnitten unumgänglich.

Die Reformentscheide fassten die Konzernleitung und der Verwaltungsrat letzte Woche in New York. Laut Bankkreisen hat sich die Konzernspitze dabei unter den verschiedenen diskutierten Optionen für eine radikale Variante entschieden.

Machtkampf zwischen Ermotti und Zeltner bleibt ungelöst

Die UBS strich in den letzten fünf Jahren bereits 18 000 Vollzeitstellen, ein Drittel davon in der Investment Bank. Mitte dieses Jahres zählte der Konzern noch 63 500 Vollzeitjobs.

Erste Redimensionierungsschritte hatte Ermotti Mitte November letzten Jahres am Investor Day in New York angekündigt. Mit der Auslagerung von Teilen der Investment Bank schaltet er nun zwei Gänge höher. Die Reform ist seine wichtigste Bewährungsprobe. Auf Widerstand trifft er dabei erstaunlicherweise weniger im Investmentbanking als in der Vermögensverwaltung.

Divisionschef Jürg Zeltner gilt dabei als sein grösster Widersacher. Der frühere Deutschland-Chef soll sich bei der Nachfolge Grübels im vergangenen Jahr für eine Doppelspitze ausgesprochen haben. Dort sollten er selbst und ein Investmentbanker installiert werden. Der UBS-Verwaltungsrat verweigerte Zeltner aber die Gefolgschaft. Seither führe der Private Banker einen offenen Machtkampf gegen Ermotti, sagen UBS-Insider.

GUIDO SCHÄTTI

VON VICTOR WEBER
UND GUIDO SCHÄTTI (TEXT),
RENÉ RUIS (FOTO)

HERRLIBERG ZH Der Abstimmungskampf um die Initiative gegen die Abzockerei kommt ins Rollen: Am Mittwoch hat der Schweizerische Gewerbeverband die Nein-Parole beschlossen bei nur zwei Gegenstimmen. Die Gewerbler bevorzugen den indirekten Gegenvorschlag – wie Christoph Blocher.

Vor zwei Jahren haben Sie mit Thomas Minder gemeinsame Sache gemacht. Jetzt kämpfen Sie für den Gegenvorschlag zu seiner Abzockerei-Volksinitiative. Das Minder-Lager wirft Ihnen Wortbruch vor.

Der Gegenvorschlag richtet sich wirkungsvoll gegen die Abzockerei und nimmt die wichtigsten Forderungen der Minder-Initiative auf. Sobald die Minder-Initiative abgelehnt ist, kann dieses Gesetz umgehend umgesetzt werden. Damit kann den exorbitanten Managerbezügen endlich der Riegel geschoben werden. Aber nur, wenn die Minder-Initiative verworfen wird. Bei einem Ja zur Initiative fängt alles wieder von vorne an. Es werden Jahre vergehen, bis die Gesetzesarbeit abgeschlossen ist. Ob dann ein so wirkungsvolles Gesetz zustande kommt, wage ich zu bezweifeln.

Warum ist es Ihnen nicht gelungen, Minder zu überzeugen, die Initiative zurückzuziehen?

Minder gebührt das Verdienst, mit seiner Initiative das Parlament so unter Druck gesetzt zu haben, dass es zu diesem – für Abzocker sehr schmerzhaften – Gegenvorschlag kam. Aber jetzt steht sich Minder leider selbst im Weg. Es fehlte ihm die Kraft, vor seine Anhänger zu treten und ihnen darzulegen, dass es im Kampf gegen die Abzocker besser gewesen wäre, die Initiative zurückzuziehen. Dann wäre der Abzockerei schon der Riegel geschoben.

«Mit dem Gegenvorschlag kann den exorbitanten Managerbezügen der Riegel geschoben werden»

Nun kämpfen Sie für den Gegenvorschlag, einen Ausbund von staatlicher Reglementierung.

Wenn Sie diese Missstände beheben wollen, kommen Sie leider um Reglementierung nicht herum. Das Gesetz ist für alle börsenkotierten Firmen ein bürokratischer Mehraufwand. Er ist notwendig zum Schutze des Privateigentums börsenkotierter Firmen.

Schutz vor wem?

Schutz vor den sich selbstbedienenden Managern. In den börsenkotierten Grosskonzernen mit Tausenden von Aktionären ist der Privateigentümer so pulverisiert, dass er sein Eigentum nicht mehr schützen kann. Es ist ähnlich wie

«Minder steht sich selbst im Weg»

SVP-Nationalrat **Christoph Blocher** über
Abzocker-Initiative, AKW und «Basler Zeitung»



Christoph Blocher: «Im Augenblick sitzen die wahren Jobkiller im Bundeshaus»

im Kommunismus. Dort gehört auch allen alles, aber niemandem etwas. Darum bildet sich eine Nomenklatura, die sich bedient. Bis heute sind dies Verwaltungsräte und Manager in Grossfirmen. Das schaltet der Gegenvorschlag aus. **Als Verwaltungsratspräsident der Beteiligungsgesellschaft Pharmavision langten auch Sie richtig zu und kassierten bis zu vier Millionen Franken.** Das war die erste Gesellschaft, in der die Aktionäre klar die Bezüge bestimmten. So schlossen die Aktionäre einstimmig aus, dass jemand zulangen konnte. Die Verwaltungsräte mussten aber zuerst als Mehrheitsaktionäre gewaltig investieren. Ihnen blieb nicht nur der Gewinn, sondern auch der Verlust.

Vier Millionen Franken – war das etwa keine exzessive Jahresvergütung?

Es war keine Jahresvergütung. Für die Pharmavision zählte allein die Wertvermehrung für die Anleger. War die Wertvermehrung weniger als 6 Prozent, war die Entschädigung null. Über 6 Prozent war diese steigend, wie zuvor durch die Eigentümer festgelegt. Weil es sehr gute Jahre gab, waren es auch einmal vier Millionen. Weder der Gegenvorschlag noch die Minder-Initiative schliessen so etwas aus, weil es im Interesse der Eigentümer ist.

«In börsenkotierten Grossunternehmen ist es ähnlich wie im Kommunismus. Die Führung bedient sich»

Es heisst, Sie würden den Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bei seiner Kampagne gegen die Initiative finanziell unterstützen. Finanziell sicher nicht.

Steht Ihrer Partei eine Zerreihsprobe bevor?

Nein, nein. Die SVP ist die Partei der Unternehmer – nicht der Abzocker. Ob die Delegierten dem Gegenvorschlag gegen die Abzockerei oder der Initiative zustimmen, weiss ich nicht.

Ihr Schwiegersohn Roberto Martullo ist für die Initiative.

Er hat offensichtlich den Gegenvorschlag nicht gelesen (*lacht*). Aber es darf auch einer aus der eigenen Familie eine falsche Meinung vertreten.

Sie wollen in erster Linie den Abzockern das Handwerk legen, Economiesuisse hingegen den Wirtschaftsstandort vor Schaden bewahren.

Das Argument von Economiesuisse ist ernst zu nehmen. Doch noch wichtiger wäre es, wenn Economiesuisse auch an anderen Orten den Wirtschaftsstandort stärken würde. Von grösserer Bedeutung wäre es, die Schweiz vor dem schleichenden EU-Beitritt zu bewahren – hier tut sie das Gegenteil. Auch wird der Wirtschafts-

FORTSETZUNG AUF SEITE 56

Der Finanzchef war nicht der Bruchpilot

Verwaltungsratsprotokolle der zahlungsunfähigen Airline Hello wecken Zweifel an der These vom sinistren CFO

VON CORNELIA KRAUSE
UND ALICE CHALUPNY

BASEL Als die Fluggesellschaft Hello am vergangenen Sonntagabend ihren Betrieb einstellte, war der Schuldige schnell ausgemacht: Der ehemalige Finanzchef T. K. habe Zahlen gefälscht, liess Hello verlauten. Dessen Täuschungsmanöver habe zum Grounding der Airline geführt, die bereits unter astronomisch hohen Treibstoffpreisen und geplatzten Grossaufträgen litt.

Recherchen der SonntagsZeitung wecken Zweifel an dieser Version der Geschichte. Sie zeigen, dass es bereits weit im Vorfeld zu groben Fehleinschätzungen seitens der Unternehmensleitung gekommen war.

Ein entscheidender Fehltritt war der riskante Tausch von Verbindlichkeiten des französischen Reiseunternehmens Starter in Aktien. Das Reisebüro aus dem Elsass soll Hello rund 7 Millionen Franken geschuldet haben. Hello-Chef Robert Somers bestätigt der SonntagsZeitung Forderungen gegenüber Starter in «einstelliger Millionenhöhe». Diese Verbindlichkeiten seien dem Verwaltungsrat und auch der Geschäftsleitung bekannt gewesen, fügt Somers an.

Brancheninsider sind alarmiert: «Forderungen in dieser Grössenordnung dürften bei einer Chartergesellschaft niemals auflaufen», so ein Finanzexperte, der namentlich nicht genannt werden will. In diesem Geschäft sei Vor- kasse das A und O.

«Da haben sich zwei Kranke ins gleiche Bett gelegt»

Das Vertrauen von Hello-Gründer und Verwaltungsratspräsident Moritz Suter, 69, basierte wohl weniger auf kühlen Kalkulationen als auf einer gemeinsamen Vergangenheit: Starter-Gründer Gilbert Leiber war einst bei Suters Crossair aktiv. In alten Airline-Verzeichnissen ist Leiber als Präsident von Crossair Europe aufgeführt.

«Man kannte sich und dachte, Leiber werde schon zahlen», sagte Somers. Weil die Überweisungen dann aber doch auf sich warten liessen, habe man sich die Verbindlichkeiten in Aktien beglei-



Hello ist am Boden:
Das französische Reiseunternehmen Starter soll der Airline rund 7 Millionen Franken geschuldet haben. Moritz Suter kannte dessen Gründe aus Crossair-Zeiten

FOTOS: KEYSTONE

chen lassen. Mit diesem Schritt beteiligte sich Hello mit rund 30 Prozent an Starter. Das sei immer noch besser gewesen, als das Geld und einen wichtigen Kunden zu verlieren, argumentiert Somers. Der Branchenkenner sieht das anders: «Da haben sich zwei Kranke ins gleiche Bett gelegt.»

Offenbar liefen danach weitere Forderungen an Starter auf. Im August 2011 taucht Starter im Protokoll einer Hello-Verwaltungsratssitzung auf, das der SonntagsZeitung vorliegt. Es seien noch immer Gesamtnettoverbindlichkeiten von 200 000 Franken ausstehend, ist den Unterlagen zu entnehmen.

Gemäss CEO Somers wurde der Aktiendeal der Hello zum

Verhängnis. «Starter war am Ende relevant, weil das Geld gefehlt hat.» Am 9. Oktober wurde bekannt, dass der deutsche Reisekonzern FTI Starter komplett übernimmt. Was zunächst als rettende Lösung erschien, erwies sich als Fehlschlag: Hello erhielt für die Aktien wesentlich weniger als erwartet.

Hedging-Geschäfte durften nur nach VR-Beschluss stattfinden

Dass Suter nicht genau wusste, wie es um das Unternehmen stand, ist unwahrscheinlich. Das sagen dem Verwaltungsrat nahestehende Kreise. Allein die Tatsache, dass Hello laut Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) seit einigen Jahren wöchentliche Liquiditätsreports abliefern musste, ist

laut Branchenkennern ein deutliches Zeichen für eine «prekäre Lage».

Darüber hinaus erlauben die Hello-Verwaltungsratsprotokolle Einblick in eine Firmenkultur, in der bei wichtigen Entscheidungen der Verwaltungsrat sein Einverständnis geben musste.

Im Protokoll vom August 2011 etwa wird festgehalten, dass der Finanzchef T. K. «nur mit einem VR-Beschluss Hedging-Geschäfte tätigen darf». Damit sind Absicherungsgeschäfte gemeint, zum Beispiel gegen höhere Treibstoffpreise oder Wäh-



rungsschwankungen. Auch ein Vertrag mit Hotelplan Suisse setzte das Einverständnis des Verwaltungsrats voraus.

Erstaunlicherweise übernahm das Bazl in einer ersten Stellungnahme am vergangenen Montag die Version des Hello-Chefs Somers vom sinistren Finanzchef. Bazl-Vizedirektor Marcel Zuckschwerdt sagte keine 24 Stunden nach dem Grounding der «Tageschau», dass die Behörde «getäuscht worden sei – wie der Verwaltungsrat der Hello auch».

Offenbar strich die Basler Kantonalbank eine Kreditlinie

Was wirklich geschah, prüft jetzt die Staatsanwaltschaft Basel. Sie hat im Wochenverlauf polizeiliche Ermittlungen aufgenommen. Der Verdacht lautet unter anderem auf Urkundenfälschung. Die Untersuchungen erfolgten nicht aufgrund einer Strafanzeige, sondern infolge der Presseberichterstattung. Es wird ergebnisoffen ermittelt – alle Akteure, auch der Verwaltungsrat, werden unter die Lupe genommen.

Geprüft werden dürfte auch die Rolle der Banken. Vor allem diejenige der Hello-Hausbank, der Basler Kantonalbank (BKB).

Laut CEO Somers hatte Hello eine Kreditlinie in Höhe von 6 Millionen Franken bei der BKB, diese aber nicht genutzt. Als die prekären Zustände bei der Hello offenbar wurden, habe die BKB die Kreditlinie gestrichen. Vom Grounding betroffen ist die BKB trotzdem, nämlich wegen ihrer Garantien, die sie Hello-Lieferanten gegenüber abgegeben hatte. Zur Höhe der Sicherheiten, für welche die BKB geradestehen muss, schweigt Somers.

Bis Ende November haben die Verantwortlichen Zeit, die Firma zu rekapitalisieren – sprich, einen neuen Käufer zu finden – und so die Abwicklung des Unternehmens zu verhindern. Gemäss Somers fanden erste Gespräche mit Interessenten bereits statt, weitere sind für kommende Woche angesetzt.

Moritz Suter verwies nach mehreren Anfragen auf CEO Somers.

► FORTSETZUNG VON SEITE 55

«Minder steht sich selbst im Weg»

standort massiv bedroht durch die zunehmende Regulierung des Arbeitsmarktes – auch hier mit Unterstützung der Wirtschaftsverbände. Bedrohlich ist der kopflose, abenteuerliche Ausstieg aus der Kernenergie. Da erwarte ich den Einsatz von Economiesuisse, auch wenn das nicht die persönlichen Anliegen der obersten Chefs von Banken und Versicherungen sein mögen.

Wird die SVP in Sachen AKW das Referendum ergreifen?

Wie wollen Sie denn ein Referendum ergreifen, wenn es keine referendumsfähigen Erlasse gibt? Seit Jahren verlangt die SVP das Gleiche: kostengünstige, genügend und sichere Energie. Das ist in den nächsten Jahren ohne Kernenergie nicht zu machen. Die SVP vertritt die Strombezüger: die Leute und Unternehmen, die

Elektrizität brauchen und ihre Stromrechnung bezahlen müssen. Zudem: Wir sind dagegen, dass Milliarden von Steuergeldern für träumerische Energieabenteuer verschleudert werden.

Steuern wir in eine Rezession?

Sicher in eine wirtschaftliche Verschlechterung. In Europa geht die Wirtschaft rasch bachab, als Folge der gigantischen Staatsverschuldung und verfehlter Politik in den Eurostaaten. Diese Politik führt in den wirtschaftlichen Niedergang. Der Arbeitsmarkt wird noch stärker reglementiert, der Kündigungsschutz verschärft, bis niemand mehr jemanden einstellt. Jugendarbeitslosigkeit ist die Folge davon.

Hält die Krise an, muss die Nationalbank noch lange am Mindestkurs zum Euro festhalten.

Nein. Der heutige Kurs nähert sich dem Marktwert. Die zu erwartende, schlechtere Wirtschaftslage in der Schweiz wird die Fronten schwächen. Im Augenblick sitzen die wahren Jobkiller im Bundeshaus. Der internationale Bankenplatz in der Schweiz wird so geschwächt, dass Tausende ihre Stelle und ihren Verdienst verlieren und der Staat seine Steuereinnahmen.

Mit kriminellem Verhalten in den USA haben die Banken, vor allem die UBS, das Bankgeheimnis selber abgeschafft.

Wenn wirklich jemand kriminell gehandelt hat – in den USA oder anderswo – muss er bestraft werden. Aber deswegen muss nicht das Bankkundengeheimnis – der Schutz der Privatsphäre – geopfert werden. Jetzt wollen die Fiskalisten im Bund und den Kantonen sogar das Bankkundengeheimnis für Schweizer preisgeben. Wenn der Schutz der Privat-

Aktionäre erhalten mehr Klagemöglichkeiten

Jährliche Abstimmung über die Löhne von Verwaltungsrat (VR) und Management, jährliche VR-Wahlen, Verbot von Antritts- und Abgangsentschädigungen: So wohl die Initiative gegen die Abzockerei als auch der indirekte Gegenvorschlag nehmen diese Anliegen auf. Der Gegenvorschlag ist allerdings weniger absolut formuliert. So kann die Generalversammlung beschliessen, dass VR-Wahlen nur alle drei Jahre stattfinden. Auch Sonderprämien bleiben möglich, müssen aber von den Aktionären genehmigt werden. Teilweise geht der Gegenvorschlag über die Initiative hinaus. Er verschärft die Bestimmungen für Lohnrückzahlungen. Damit erhalten die Aktionäre mehr Klagemöglichkeiten in die Hand.

sphäre nicht mehr gewährleistet ist, verliert die Schweiz ein wichtiges Vertrauenskapital. Das wird jetzt leichtfertig in Bern durch die Mitte-links-Politik geopfert.

Moritz Suter outete Sie als Eigentümer

der «Basler Zeitung» (BaZ). Wie ist Ihr Verhältnis zu ihm?

Wegen Meinungsverschiedenheiten in der Führung hat Suter die «Basler Zeitung» verlassen. Mehr möchte ich zu der Angelegenheit nicht sagen.

Wie ist Ihr Plan?

Ich übernehme Risiken bei der BaZ. Nur: Die BaZ ist keine Zeitung, sondern ein notleidender Mischkonzern mit mehr als 1000 Mitarbeitern. Dazu gehören nicht betriebsnotwendige Liegenschaften, Druckereien, Broker, Werbevermittler für Dritte und vieles mehr. Die Medienvielfalt-Holding will diese noch freie Tageszeitung unabhängig halten. Das Ziel ist eine «Basler Zeitung

nackt», nur mit Redaktion und unabhängigem Verlag.

Das wird Sie viel Geld kosten.

Das können Sie meine Sorge sein lassen. Die Firma ist defizitär, hat wenig Liquidität und zu hohe Schulden. Darum kaufe ich ihr die betriebswirtschaftlich nicht notwendigen Grundstücke ab. Dann hat sie keine Bankschulden mehr und einen kleineren Verlust, weil die hohe Zinslast wegfällt.

Und die Druckerei?

In der Schweiz gibt es viel zu viel Druckereikapazität. Auch diese Druckerei muss entweder ausgelastet sein, oder sie muss schliessen. Bis im nächsten Frühling wird darüber entschieden.

Suters Airline Hello ist pleite.

Verlieren Sie auch da Geld?

Nein. Ich bin an Hello weder direkt noch indirekt beteiligt. Wenn jemand etwas anderes behauptet, soll er Offenlegung des Aktienregisters verlangen. Dann sieht man, wer dabei ist und wer nicht.